

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbr d

Inhalt

Dr. Dieter Spöri MdB zur geplanten Senkung des Spitzensteuersatzes: Das Kuckucksei von Dr. Stoltenberg.

Seite 1

Egon Lutz MdB zu Norbert Blüms Rentenpropaganda: Den Sachverständigen eine lange Nase gedreht.

Seite 3

Dr. Rudolf Schöfberger MdB zur Bauernlüge der CSU: Patentchristen sollten das achte Gebot beachten.

Seite 4

Dokumentation
Ehemalige Widerstandskämpfer haben die Verantwortlichen in Bonn aufgerufen, ein „Haus des Widerstandes“ einzurichten.
Wortlaut

Seite 5

41. Jahrgang / 77

23. April 1986

Das Kuckucksei von Dr. Stoltenberg

Die Senkung des Spitzensteuersatzes wird über Mehrwert- und Verbrauchsteuern finanziert

Von Dr. Dieter Spöri MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Nachdem FDP und CSU bereits seit langem eine deutliche Senkung des Spitzensteuersatzes fordern, hat sich nunmehr auch die Bundesregierung und damit auch der rein zahlenmäßig größte Koalitionspartner CDU für eine derartige Senkung entschieden. Offiziell zugegeben wurde inzwischen die beabsichtigte Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Körperschaftsteuer. Die Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer soll dagegen mit Rücksicht auf die CDU-Sozialausschüsse vor der Wahl noch nicht offen gefordert werden, ist aber auch beschlossene Sache.

Das von Heiner Geißler verordnete Redeverbot zeigt die berechtigte Angst der Union:

1. Die Masse der Steuerzahler hätte von einer Senkung des Spitzensteuersatzes nichts zu erwarten. Die Absenkung des Spitzensteuersatzes würde die Zielrichtung einer künftigen Steuerreform entscheidend prägen. Nach den Angaben des Bundesfinanzministers würde eine Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 49 von Hundert bei gleichzeitiger Einführung des linearprogressiven Tarifs 36,1 Milliarden DM kosten. Dies sind mehr als 80 von Hundert des in Aussicht genommenen Brutto-Volumens der gesamten Steuerreform. Der Durchschnittsverdiener hätte jedoch überhaupt nichts davon. Ein Arbeitnehmer mit zwei Kindern müßte schon einen Brutto-Arbeitslohn von deutlich über 4.000 DM monatlich beziehen, um überhaupt eine einzige Mark von dieser gigantischen Steuersenkung zu erhalten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos
aus wertvollen
Rezeptions-Papier



2. Die Absenkung des Spitzensteuersatzes wäre aber auch ökonomisch unsinnig. Die bisherigen Steuergeschenke dieser Bundesregierung an Unternehmen in der Größenordnung von rund zehn Milliarden DM jährlich belegen, daß mit solchen Maßnahmen keine Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die ohnehin glänzende Gewinnerwartung der Großunternehmen würde lediglich auf Kosten des Staates und damit der Allgemeinheit weiter verbessert werden.

Inzwischen liegen genügend beweisfähige Hinweise über die Absichten der Bundesregierung vor. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesfinanzminister Dr. Voss hat mir wörtlich bestätigt:

„Auch die Höhe des Spitzensteuersatzes soll überprüft werden, weil er Bestandteil der Gesamtentscheidung über den Progressionsverlauf ist und in einer Wechselwirkung mit dem Körperschaftsteuersatz steht. Eine Senkung des Körperschaftsteuersatzes soll angestrebt werden.“

Klärer geht es bei Beachtung des von Heiner Geißler verordneten Redeverbots kaum noch.

Aber auch die Hinweise für eine beabsichtigte Finanzierung dieser Steuersenkung durch eine kompensatorische Anhebung der Mehrwertsteuer und der speziellen Verbrauchsteuern häufen sich: So hat Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg eine „Korrektur bei den indirekten Steuern unter dem Vorzeichen der europäischen Steuerharmonisierung“ angesprochen. An eine Finanzierung der geplanten Steuerreform durch einen Abbau von Subventionen glaubt er wohl selbst nicht mehr. Harmonisierung der Mehrwertsteuer „auf möglichst niedrigem Niveau“ bedeutet doch wohl nichts anderes als eine Steuererhöhung.

Der Sprecher des Bundesfinanzministeriums, Walter Prax, hat am Montag dankenswerterweise bestätigt, daß ein mir vorliegendes internes Papier des Bundesfinanzministeriums die Bewertung der Vorschläge der EG-Kommission zur Steuerangleichung enthält. Dieses Papier markiert die Richtung: Anhebung der Mehrwertsteuer um mindestens einen Prozentpunkt (Mehreinnahmen acht Milliarden DM), Anhebung der Branntweinsteuer (100 Millionen DM), der Biersteuer (466 Millionen DM) und der Mineralölsteuer (4.900 Millionen DM) sowie die aus EG-Gründen erforderliche Einführung einer Weinsteuern (538 Millionen DM).

Damit ist klar: Die Verbraucher sollen die von Union und FDP geplante Steuerpolitik für Großverdiener zu einem guten Teil bezahlen. Die nach dem Gebot der Redlichkeit erforderlichen offenen Aussagen wird es jedoch zumindest vor der Landtagswahl in Niedersachsen und der Bundestagswahl nicht geben.

(-/23.4.1986/rs/ks)

* * *



Blüms propagandistischer Renten-Rundumschlag

Dem versammelten Sachverstand eine lange Nase gedreht

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Irgendwo müssen Wahlen sein, denn der Norbert Blüm wirft mal wieder wild mit Anzeigen, Broschüren und Plakaten um sich.

Diesmal hat er sich des Thema Renten angenommen: Eins sei sicher, meint er, daß sie sicher seien. Ei gucke mal schau! - da sagen zwar alle Experten, daß die Alterssicherung gehörig ins Trudeln kommen werde, wenn man sich nicht zu ganz entscheidenden Korrekturen durchringe. Da gibt es sogar Leute, die mehr oder weniger laut über eine notwendig werdende Erhöhung der Pensionsgrenze nachdenken - aber der fröhliche Norbert Blüm pfeift sich eins und dreht dem versammelten Sachverstand eine lange Nase.

Denn, so sagt er im trauten Freundeskreise, es kommt nicht darauf an, was wahr ist, sondern darauf, was geglaubt wird. Also dreht er die Windmühlen, donnert Theater, schalknarrt und ist mal wieder ganz in seinem Element. Die Wahrheit verhüllt ihr Gesicht vor Scham, aber sie zählt ohnehin nicht zu Blüms Dauerfreundinnen.

Ob's wirklich was nützt? Manchmal wird selbst Blüm den Verdacht nicht los, daß alle Späße für die Katz' seien und den Bundesbürger diese Regierung zum Hals heraushängen könnte. Aber daraus zieht er nicht etwa den Schluß, auf seriösen Politiker umzuschulen, sondern er verdreifacht seine Narreteien.

Die Werbebranche wird es freuen, die Anzeigenabteilungen können einen Schluck aus der Pulle gut gebrauchen. Und dem Wähler bleibt es ja unbenommen, trotz aller Veitstänze der Bonner den Herrn Albrecht in den Vorruhestand zu schicken.

Lügen haben aber bekanntlich sehr, sehr kurze Beine...

(-/23.4.1986/rs/ks)

* * *

CSU betreibt Bauernlüge

Die Patentchristen sollten das achte Gebot beachten

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Vorsitzender der bayerischen SPD

Die bayerische SPD wird im kommenden Landtags- und Bundestagswahlkampf die gezielten Wähler-täuschungen der CSU gegenüber den Landwirten offenlegen.

Aktuellstes Beispiel: In gleichlautenden Briefen an Ortsbäuerinnen und Ortsobmänner versuchen CSU-Landtagsabgeordnete, die Flucht der Landwirte vor der CSU durch Diffamierung der SPD aufzuhalten.

Allen Ernstes behaupten sie, die SPD plane, die Bauern über eine Änderung der Vermögensbesteuerung zu enteignen, und malen die Horrorvision einer angeblich geplanten Erhöhung der Grundsteuerbelastung des landwirtschaftlichen Durchschnittsbetriebes von derzeit 600 DM auf 23.400 DM.

Kein Wort daran ist wahr. Die CSU will nur davon ablenken, daß ihre perspektivlose Agrarpolitik in die Sackgasse geraten ist. Und deshalb hat die CSU die begründete Angst, hierfür bei den beiden nächsten Wahlen von den Bauern die Quittung zu bekommen. Die Ergebnisse der vergangenen Europawahl waren Menetekel genug.

Der Täuschungsversuch der CSU ist plump und leicht zu durchschauen: In ihrem Steuerkonzept hat die SPD einen den Verkehrswerten angenäherte Bewertung des „Grundvermögens“ gefordert. Das ist wahr. Wahr aber ist auch: Zum „Grundvermögen“ gehört aber gerade nicht das land- und forstwirtschaftliche Vermögen (Paragraph 6 Bewertungsgesetz, an dessen Änderung niemand denkt).

Daher lügen die CSU-Landtagsabgeordneten, wenn sie erklären, die SPD habe eine höhere Steuerbelastung für die Landwirtschaft bei der Grund- und Erbschaftsteuer vor. Und wir machen die Herren Patentchristen auf das achte Gebot aufmerksam: „Du sollst kein falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.“

Im übrigen kennt die CSU ihr eigenes Programm nicht mehr. In ihren „Grundsätzen zur Neuordnung des Bodenrechts“ fordert sie auf Seite 38 eine „zeitnahe Einheitsbewertung“ für alle Grundstücke. Darüber hinaus hat die CSU als einen der Kernpunkte ihres Programmes einen Planungswertausgleich beschlossen, von dem grundsätzlich auch die Landwirtschaft betroffen ist. Das aber wiederum verschweigt die CSU den Bauern.

(-/23.4.1986/rs/ks)

* * *



DOKUMENTATION

Ehemalige Widerstandskämpfer: Ein „Haus des Widerstandes“ einrichten

Ehemalige Widerstandskämpfer und Hinterbliebene von Widerstandskämpfer haben an den Bundespräsidenten, den Präsidenten des Deutschen Bundestages, die Bundestagsabgeordneten, den Bundeskanzler und den Oberbürgermeister der Stadt Bonn appelliert, in Bonn ein „Haus des Widerstandes“ einzurichten. Wortlaut:

„Wir, Überlebende und Hinterbliebene des Deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime, halten das von der Bundesregierung geplante ‚Mahnmal für die Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft‘ für nicht realisierbar, wenn zwischen Kriegsoffern und politischen Opfern etwa des Widerstandes und des Holocaust keine prinzipielle Unterscheidung getroffen wird. Wir können uns nicht vorstellen, wie man an ein- und derselben Stelle und unter einer gemeinsamen Formel das Gedenken an die Opfer des Krieges und an die Opfer der Gewaltherrschaft, an diejenigen Toten, welche dem NS-Regime dienten, und an jene Toten, welche - anders als die meisten Deutschen - dem NS-Terror widerstanden und deshalb den Tod fanden, miteinander verbinden könnte. Der Riß, der 1933 bis 1945 durch das deutsche Volk ging, ist eine historische Tatsache, die nicht mehr ungeschehen gemacht, verleugnet und durch ein gemeinsames ‚Mahnmal‘ zugedeckt werden kann. Auch vierzig Jahre nach der Befreiung vom NS-System kann eine Versöhnung und eine neue Identität der in der Bundesrepublik lebenden Deutschen nicht auf eine historische Täuschung oder Lüge aufgebaut werden.

Die Opfer des Bombenkrieges verdienen ihr Gedenken, sie vor allem, weil sie passiv erdulden mußten, was über ihre Köpfe hinweg skrupellos entschieden wurde.

Auch die gefallenen und versehrten Soldaten verdienen ihr Gedenken, selbst wenn sie in ihrer großen Überzahl an Hitlers Sieg geglaubt haben und unter seinem Glanz in den Krieg gezogen sind. Sie verdienen das Gedenken der mitleidenden Erschütterung.

Wer sich gegen die Nazis gewehrt hat, verdient kein Gedenken des Mitleids, sondern des Respekts, der Anerkennung und der Besinnung auf das eigene Verhalten.

Deshalb ersuchen wir Sie dringend, die Pläne für ein solches ‚Mahnmal‘ so zu modifizieren, daß auf der einen Seite ein dem Protokoll genügendes Ehrenmal für die Toten des Krieges entsteht, auf der anderen Seite, unabhängig davon, ein ‚Haus des Deutschen Widerstandes‘, das dem Widerstand und den Opfern der Gewaltherrschaft des Nazi-Regimes gewidmet ist.

Dieses ‚Haus des Deutschen Widerstandes 1933 bis 1945‘ sollte ein Archiv, eine Bibliothek, eine Mediothek, Bilddokumente sowie Ausstellungs-, Vorführ- und Vortragsräume in sich vereinigen. Es sollte sowohl der Erforschung der Geschichte des Widerstandes als auch der Information und Aufklärung der Bürger und Besucher der Hauptstadt Bonn dienen. Dem Andenken und Weiterwirken des Deutschen Widerstandes würde dadurch ein wesentlich größerer Dienst erwiesen als mit einem Mahnmal, das die immer noch notwendige Information und Aufklärung nicht leisten könnte.

Für ein solches vielseitig verwendbares ‚Haus des Widerstandes‘ sprechen zwei weitere wichtige Gründe: Zum einen wird es höchste Zeit, daß die noch vorhandenen Dokumente der noch Überlebenden des Deutschen Widerstandes endlich in einem zentralen Archiv gesammelt, sachgemäß aufbewahrt und zweckmäßig aufbereitet der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Zum anderen wäre ein solches ‚Haus des Deutschen Widerstandes‘ in Bonn eine wichtige, geradezu unerläßliche Ergänzung zu dem dort vorgesehenen ‚Haus der Geschichte‘, das sich auf die Geschichte der Bundesrepublik seit 1945 beschränken soll. Wir halten diese Beschränkung für falsch und irreführend und sind demgegenüber der Meinung, daß der Deutsche Widerstand gegen das NS-System auch in der Nachkriegszeit - sowohl für die Alliierten des Zweiten Weltkrieges als auch für viele Deutsche - eine wesentliche Voraussetzung und eine positive Grundlage für die Vor- und Gründungsgeschichte der Bundesrepublik war. Deshalb sollte der Deutsche Widerstand in der neuen Bundeshauptstadt Bonn - wie schon in der alten Reichshauptstadt Berlin - eine zentrale und würdige Dokumentations-, Forschungs- und Informationsstätte erhalten, auch für die ausländischen Besucher Bonns, die häufig wenig über den Deutschen Widerstand gegen das NS-Regime wissen.“

Mit verbindlichem Gruß!

Heinrich Albertz
Eberhard Bethge
Alfons Beil
Emmi Bonhoeffer
Walter Bonhoeffer
Katharina Christiansen-Leber
Klaus Delbrück
Heinrich Graf von Einsiedel
Josef Feider
Peter Finckh
Konrad von der Gablentz
Ludwig Gehm
Helmut Gollwitzer
Franz Freiherr von Hammerstein
Gustav-Adolf von Harnack

Falk Harnack
Asta Henssel-von Moltke
Karl H. Henssel
Michael Höck
Sabine Leibholz-Bonhoeffer
Helmut C. von Moltke
Franz Joseph Müller
Max Oppenheimer
Roland Reichwein
Inge Aicher-Scholl
Clarita von Trott zu Solz
Margarethe von Trotha
Eugen Weiler
Joy Weisenborn

(-/23.4.1986/rs/ks)

* * *

